

# Der Radikalenerlass und seine Opfer

Im Rahmen der Ausstellung „50 Jahre Berufsverbote“ in der Manufaktur sprechen zwei betroffene Pädagogen über ihre Schicksale

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED  
CHRISTOPHER CZERNECKI

## Schorndorf.

Vor etwas mehr als 50 Jahren trat in Deutschland der sogenannte Radikalenerlass in Kraft. Viele Beamte und staatliche Angestellte, die im Verdacht standen, verfassungsfreundlich zu sein, wurden entlassen oder durften ihre Stelle nicht antreten. Viele Lehrer, Bahnangestellte oder Postmitarbeiter ereilte dadurch ein hartes Schicksal. Darauf aufmerksam soll die neue Ausstellung in der Manu machen.

Davon betroffen waren unter anderem Sigrid Altherr-König aus Esslingen und Lothar Letsche, der in den 1980er Jahren in Schorndorf gelebt hat. Sie gehören zu den Initiatoren der Ausstellung „Vergessene Geschichte - 50 Jahre Berufsverbote“ in der Manufaktur. Der Radikalenerlass wirkt sich bis heute auf das Leben der beiden Pädagogen aus. Ihre Lebensgeschichten sind ebenso tragisch wie beeindruckend.

Im Jahr 1983, kurz vor der Zeugnisvergabe, musste die Grundschullehrerin Sigrid Altherr-König Hals über Kopf ihre Sachen packen. Da ihr vorgeworfen wurde, für den Studentenbund Spartakus der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) kandidiert zu haben, wurde sie aus dem Schuldienst entlassen. Dabei hatte sie nie etwas Verbotenes oder Verfassungsfreundliches getan. Die DKP war auch damals eine legale Partei. Ihr Berufsverbot hatte das Land Baden-Württemberg allein auf Grundlage einer Prognose des Verfassungsschutzes ausgesprochen. „Das linke Spektrum war das Ziel. Man hat Einzelne aus dem Beruf genommen, um die Allgemeinheit zu treffen“, erzählt die Lehrerin im Ruhestand.

13 Jahre lang musste sie auf ihren Traumberuf verzichten und nach einer Umschulung als Industriekaufrau arbeiten.



Initiatoren der Ausstellung (von links): Walter Burkhardt (DGB), Sigrid Altherr-König, Dieter Koller (DGB) und Lothar Letsche. Foto: Czernecki

Erst 1996 hat sie sich mit Hilfe der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft wieder gerichtlich zurückgekämpft. Bis heute springt sie immer wieder als Vertretungslehrerin ein, obwohl sie bereits im Ruhestand ist. Durch die 13 Jahre Unterbrechung im Schuldienst bekommt Sigrid Altherr-König knapp 900 Euro weniger Rente, als ihr normal zugestanden hätte. Viele andere Betroffene leben in Altersarmut. Für ihre Dienste als Lehrerin habe ihr das Land zwar gedankt, doch das reicht ihr nicht: „Wir wollen eine Entschuldigung, Rehabilitation und eine finanzielle Entschädigung.“

Gleich doppelt betroffen vom Radikalenerlass war Lothar Letsche, ein ehemaliger Schorndorfer. Er durfte nach seinem Lehramtsstudium gar nicht erst das Referendariat antreten. Die Begründung des Landes

beziehungsweise Verfassungsschutzes: Letsche sei für ein Flugblatt verantwortlich gewesen, auf dem der ehemalige Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger (Mitglied der NSDAP von 1933 bis 1945) als Nazi bezeichnet wurde. Außerdem soll er an einer DKP-Versammlung teilgenommen haben.

Weil er seinen Traumjob nicht aufgeben wollte, klagte er in zwei Instanzen vor dem Arbeitsgericht, verlor aber beide. „Ich habe also ein Berufsverbot als Lehrer“, sagt er. Deshalb arbeitete er von da an als Verlagsredakteur für Schulbücher beim von Bund und Ländern finanzierten Institut für Fernstudien in Tübingen.

Auch dort wollte man ihn nach Berichten über seine Gerichtsverhandlungen loswerden. „Ich war aber in den Wahlvorstand des Betriebsrates gewählt worden und somit

nicht kündbar.“ Somit entging er einem zweiten Berufsausschluss. Bei einem sind sich beide Betroffene einig: Der Radikalenerlass hatte psychosoziale Folgen und zerstörte Existenzen. „Auf meine Kinder wurde mit dem Zeigefinger gezeigt, das haben sie mir erst viel später erzählt“, sagt Sigrid Altherr-König. Einen konkreten Vorwurf der Verfassungsfreundlichkeit habe man ihnen nie machen können.

Was den Initiatoren der Ausstellung große Sorgen bereitet, ist, dass in manchen Bundesländern erneut über Berufsverbote, diesmal gegen rechts, diskutiert wird. „Wir sind gebrannte Kinder, nur ein Prozent der Berufsverbote haben damals Nazis betroffen. Es ging immer gegen links und wir wollen nicht, dass sich die Geschichte wiederholt“, sagt Lothar Letsche.